

Beruf nicht in Pflichten stehen, und nicht verantwortlich für falsche Nachrichten gemacht werden können.

v. Carlowitz: Ich wünsche, daß wenigstens der Theil des Deputationsvorschlags beibehalten werde, welcher den Unterbehörden eine strengere Controle zur Pflicht macht, da falsche statistische Notizen schlimmer sind als gar keine.

Der königl. Commissar, Präsident v. Wietersheim: Meine Erklärung ist nicht sowohl gegen diesen, als gegen den letzten auf eine beabsichtigte Ersparniß hindeutenden Theil des Deputationsgutachtens gerichtet gewesen; indessen darf man nicht vergessen, daß die Vorstände der Unterbehörden die Nachrichten nicht in Person einsammeln können, daß sie sich also auf die Angaben der Unterofficianten verlassen müssen, die häufig absichtlich falsch berichtet, auch für ihre Bemühungen nicht besonders bezahlt werden. Uebrigens ist auch von dieser Seite bei der Anfertigung der neuesten Bevölkerungsliste mit großer Sorgfalt zu Werke gegangen worden und Strenge dürfte nur erbittern statt zu bessern.

Amthauptmann v. Welck: So lange dieser Verein eine Privatunternehmung bleibt, steht er stets in Gefahr, sich nach und nach aufzulösen, oder zu noch unsicherern Resultaten zu führen, als dieß bereits der Fall ist. Nur wenn Notizen officiell und von wirklich vorgesezten Behörden eingefordert werden, steht eine größere Zuverlässigkeit zu erwarten.

Bürgermeister Ritterstädt: Man hat es gewiß dankbar anzuerkennen, wenn Privatvereine die Arbeiten ohne alle Vergütung übernehmen, die man außerdem besonders bezahlten Behörden übertragen müßte. Die Notizen würden auch durch die Behörden schwerlich mit größerer Sicherheit zu erlangen sein, als auf dem Wege der Zweigvereine, denn einmal pflegen viele Leute in einer Nachfrage der Behörde schon die Vorbereitung einer neuen Besteuerung zu finden, und dann geschieht das, was man aus freiem Willen thut, in der Regel mit größerer Sorgfalt, als was man gezwungen thut. Aus diesen Gründen bin ich gegen den Antrag der Deputation.

Secr. Harz: Der statistische Verein zieht auch jetzt schon, da wo es ihm nothwendig erscheint, Nachrichten durch die Localbehörden ein, und erregen auch seine Anverlangen, theils wegen der damit verbundenen extraordinären Arbeit, theils wegen der Besorgniß, nicht allenthalben die nöthige Zuverlässigkeit zu erlangen, nicht stets das größte Vergnügen, so kann ich doch versichern, daß mindestens in der Oberlausitz die Sammlung der Notizen mit eben der Sorgfalt und Pflichttreue geschieht, als wenn höhere Anordnungen unterlägen. Daß das Geschäft gewinnt, daß man namentlich viel wohlfeiler zum Zwecke kommt, wenn es auf freiem Willen beruht, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen.

Der Vicepräsident: Es ist wohl bekannt, daß sich die Meinung der großen Mehrzahl der Unterthanen gegen den statistischen Verein ausspricht, ohngeachtet der großen Verdienste, die er sich erworben hat. Es liegt dieß in der Natur der Sache, indem jeder Verein, der sich gleichsam zwischen die Behörden einschleibt oder eingeschoben wird, und den man mit einer öffent-

lichen Autorität bekleidet, Mißbelieben erregt und keine günstige Aufnahme findet. Ich erinnere nur an den widerwärtigen Eindruck, welchen jener Verein hervorbrachte, der sich erhob, um Sammlungen zu einem Denkmal für Se. Majestät den König Friedrich August vorzunehmen, während die Stände schon deshalb früher sich erklärt hatten, und dem man gestattete, sich der Provinzial- und Localbehörden zu bedienen. Es wird niemanden entgehen, daß man die zur Sammlung und Ergänzung statistischer Nachrichten ausgeschieden Männer, die Mitglieder der Zweigvereine, für Inquisitoren angesehen hat und noch ansieht, welche die Leute über ihr Besitzthum, ihr Vermögen, ausforschen wollen. Man erblickt aber in jeder solchen Nachfrage sogleich die Vorboten einer bald nachfolgenden Steuerauslage, und es wird die Meinung erregt, daß die Regierung nicht selbst sich gestatte, diese Nachrichten einzusammeln, sondern um das Gehässige zu vermeiden, den Verein dazu gebrauche. Dieß halte ich aber für einen großen Uebelstand und bin der Meinung, daß man hier auch den Verdacht vermeiden muß, und daß die ganze Sache von der Regierung auf dem gewöhnlichen Wege ausgehen sollte. Dieses Mißtrauen also ist es insonderheit, warum man diese Emissarien gewöhnlich, ja absichtlich, falsch unterrichtet, weil man in diesen Nachforschungen ein unberufenes Eindringen in die Privatverhältnisse findet. Um nun diesem Uebelstande abzuhelpen, wird es nothwendig, dieser Angelegenheit einen officiellen Charakter zu ertheilen. Die Deputation hat überhaupt die Ansicht an die Spitze gestellt, der statistische Verein bilde eine Art von Bureau des Ministerii des Innern, und diese Ansicht wünschte sie allgemein werden zu lassen. Wir glaubten aber auch, daß das verlangte Postulat zugleich dadurch erspart werden könnte, wenn Alles auf dem officiellen Wege ginge, in der Maße wie im Königreich Preußen.

Staatsminister v. Beschau: Geht der statistische Verein auf den Staat über, so wird er wenigstens das Doppelte des jetzigen Aufwandes erfordern, da die Mitglieder des Vereins selbst ihre Zeit der Sache ohne Vergütung widmen. Ueberhaupt ist das Geschäft zu schwierig und umfanglich, um es nur als Nebensache zu behandeln, und das statistische Bureau in Berlin erfordert einen bedeutenden Aufwand. Es kann von Nutzen sein, die Sache später einmal officiell zu machen, für jetzt ist indessen manche empfindliche Lücke ausgefüllt.

Man erklärt sich hierauf bei dem Punct b. mit der Deputation allenthalben einverstanden, ausgenommen was die Beauftragung der Mittelbehörden zur Sammlung der Notizen und die Zusammenstellung dieser letztern im Ministerio des Innern betrifft. Dieß verwirft man mit 23 gegen 8 Stimmen. — Die 750 Thlr. sub c. werden einstimmig bewilligt.

Bei Punct d. schlägt Prinz Johann vor, daß die 400 Thlr. zwar als besondere Bewilligung wegfallen sollten, daß aber die Regierung autorisirt werde, sie von den zur Unterstützung ökonomisch-gewerblicher Unternehmungen über das Postulat bewilligten 5000 Thlr. zu entnehmen.

Dieser Antrag findet ausreichende Unterstützung, und un-